

Prolog

Roger Vorderegger

Frieden ist ein Modell, kein Zustand

*In meinem zwanzigsten Jahrhundert,
wo's viel mehr Tote als Särge gibt,
steht meine Liebe tief verwundet,
unglücklich und ungeliebt,*

*vor all dem Goya-Bilder-Schrecken
beklommen, lächerlich und schwach:
Wen einmal Düsenjäger weckten,
macht den die Posaune von Jericho wach?*

Natalja Gorbanjewskaja

I

Vor dem Hintergrund eines realen Krieges - auch wenn man nicht unmittelbar von ihm betroffen ist - über das Phänomen Krieg nachzudenken verändert die Art der Reflexion über eben dieses. Läßt man den fernen Krieg nah genug an sich heran, und das ist bekanntlich nicht schwer in einer Zeit, in der die Weltmacht der Medien (mehr als das Sein) das Bewußtsein bestimmt, so gerät man unweigerlich in den Strudel seiner Ereignisse. Und diese sowohl wie die Debatten über sie verändern den Blick auf den Gegenstand. Sie drängen sich auf und vor und alles andere, etwa auch, was man sich zuvor noch zurechtgelegt hat, weit zurück. Die Soldaten beziehen Stellung, die Weltöffentlichkeit schaut ihnen dabei zu, und an die Front rückt jeder einzelne, den nicht kalt läßt, was geschieht. Eine Zeitlang wenigstens. Bis das Unerhörte alltäglich geworden ist und wir den Kämpfen wieder fern bleiben, weil unser Leben durch sie ja doch nicht wirklich berührt wird.

Und dennoch, ein klein wenig wurde es berührt, ein wenig hat es sich verändert. Es ist, von aller emotionalen Betroffenheit einmal abgesehen, real unsicherer geworden durch diesen Irak-Krieg des Jahres 2003 wie schon durch die Entwicklungen, die zu ihm geführt haben. Freilich, diese Unsicherheit ist nichts, verglichen mit dem, was die wirklich Betroffenen erlitten haben und erleiden, mit der Realität des Krieges, von der uns die zensierten Fernsehbilder bekanntlich eine immer nur unzureichende Vorstellung zu vermitteln vermögen. Aber sie ist da, diese Unsicherheit, und immerhin teilen wir sie mit dem Rest der Welt. Sie basiert auf dem Faktum, daß mit dem durch kein UNO-Mandat gedeckten Krieg der USA und Großbritanniens „zur Befreiung des irakischen Volkes“, wie es offiziell hieß, eine Tabugrenze, genauer, eine Rechtsgrenze, überschritten wurde. Und dieser Schritt war ein Schritt zurück. Mag man sich auch über die menschenverachtende Politik des Baath-Regimes um Saddam Hussein schnell einigen können, das Skandalon bleibt, daß dieser Krieg völkerrechtlich ein Verbrechen war.

Eben deshalb waren die zahlreichen Proteste und Demonstrationen gegen ihn auch alles andere als nur Ausdruck eines naiven Pazifismus. So heterogen die Motive sein mochten, die diesem weltweiten Protest zugrunde lagen, eines brachte diese Anti-Kriegs-Haltung klar zutage: die Wut und Angst der Ohnmächtigen, also derer, die sich machtlos fühlten und es objektiv auch waren, deren Wut und Angst angesichts einer rücksichtslosen Machtpolitik, die eben diese Menschen nicht mehr als die ihre erleben konnten und wollten. Insofern ging es hier um weit mehr als nur darum, gegen einen bestimmten Krieg zu sein; nämlich um eine, das politische Modell Demokratie gefährdende (und keineswegs auf die USA allein beschränkte) Entfremdung zwischen den politischen Machthabern und den Menschen, deren Interessen sie vertreten sollten, auf der einen, um das latente Unbehagen angesichts der Bedrohung des Rechts durch pure Gewalt auf der anderen Seite. Letzteres betrifft unser Thema essentiell.

II

Recht an die Stelle von Gewalt gesetzt zu haben ist eine Errungenschaft der Menschheit, die nicht hoch genug veranschlagt werden kann. Mit ihr hebt an, was man gemeinhin als Zivilisation bezeichnet. Daß dieses Recht nicht vom Himmel fiel und seine Etablierung und Durchsetzung ihrerseits der Gewalt bedurften, ist evident. Der Prozeß der Selbstdomestikation des Raubtiers Mensch war alles andere als eine einfache Höherentwicklung zum Guten.

Dennoch fand er statt, und aus dem Souveränitätsverzicht der einzelnen entwickelte sich das Gewaltmonopol des Staates. Denn es lag ja durchaus auch im Eigeninteresse der Individuen, auf einen Teil ihrer Freiheit und Selbstbehauptung zu verzichten, um dafür im Gegenzug Sicherheit, den Schutz des Rechts, zu erhalten. Von der Sicherheit, die eine Horde bedeutete, zum Rechtsstaat im heutigen Sinn war es freilich ein weiter und oft auch blutiger Weg. Ihn zu gehen aber hat sich zweifelsohne gelohnt. Und es würde sich lohnen, diesen Weg weiter zu gehen und, was als Prinzip innerstaatlich funktioniert, auch auf das Verhältnis zwischen den Staaten, den Völkern anzuwenden. Das Problem ist bekannt und oft genug diskutiert worden, und in der Geschichte fehlt es auch nicht an Versuchen dieser Art, von der pax romana, wo freilich der Krieg der Weg zum Frieden war, über die Konstituierung diverser anderer Großreiche bis zur EU und UNO der Gegenwart.

Die prominentesten denkerischen Beiträge zum Thema sind wohl die von Kant aus dem 18., die von Einstein und Freud aus den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts, wobei insbesondere Kants Abhandlung „Zum ewigen Frieden“ von bemerkenswerter Aktualität ist. Zum einen, weil sie dem Aspekt der (im Zeitalter der Globalisierung gefährdeten) Pluralität der Welt eine besondere Beachtung schenkt, zum anderen, weil sie für einen Formalismus des Rechts gegen die Übergriffe „wohlmeinender“ Machtpolitik plädiert. Das bedarf der Erläuterung.

Eine (wenn auch nicht sehr realistische) Möglichkeit, globalen Frieden herbeizuführen, wäre es, nach dem innerstaatlichen Friedensmodell alle Länder der Erde in einem großen Weltstaat aufgehen zu lassen. Die einzelnen Länder hätten dann den Status von Bundesländern, und gäbe es trotzdem noch Kriege zwischen ihnen, so wären dies Bürgerkriege, die nach und nach einzudämmen eine Weltzentralmacht doch in der Lage sein müßte. Der Idee eines solchen Weltstaats, die auch zum fixen Repertoire der Science-fiction-Literatur rechnet, aber konnte Kant wenig abgewinnen, weil er durch sie die kulturelle Vielfalt der Völker bedroht sah. Sein Friedensmodell sieht deshalb keine mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattete Weltregierung - welche als solche zu akzeptieren einige Staaten wohl auch erhebliche Probleme hätten -, vielmehr einen föderativen Weltbund von Staaten vor, die sich, bei Beibehaltung der staatlichen Souveränität, verpflichten, alle Probleme und Konflikte friedlich zu lösen. Das läuft auf eine Herrschaft des Rechts hinaus, die freilich fragil bleibt, weil es hier ja keine oberste Sanktionsgewalt gibt. Wenn ein Staat Verträge bricht, könnte er von keiner übergeordneten Instanz daran gehindert werden, sondern bestenfalls - wie bisher - von einer auf gleicher Ebene operierenden Allianz von Ländern, die sich zusammenfinden, um die Einhaltung des Rechts (notfalls auch mit Gewalt) zu erzwingen.

Das Modell setzt viel voraus, etwa einen ähnlichen Entwicklungsstand der Länder, was die Einsicht in die Bedeutung von Recht betrifft. Und es ist angreifbar. Warum sollten Staaten einen Rechtsbruch nicht einfach hinnehmen, solange sie selber nicht davon betroffen sind? Entscheidend aber ist: Als Kind der Aufklärung konnte Kant nicht darauf verzichten, Frieden und Freiheit (und nicht nur deren Worthülsen) zusammen zu denken. Gegen eine hegemoniale Bevormundung beharrt er auch und gerade bei der Frage des Friedens auf den Prinzipien von Toleranz und Recht. Sein Gedanke eines Weltbunds freier Staaten berücksichtigt als politisches Modell die Vielfalt der Völker und Kulturen der Erde und will - was angesichts der gegenwärtigen Entwicklungen mehr als bedenkenswert ist - diese Differenz als produktive bewahren. Der Preis, der für individuelle Freiheit und kulturelle Identität zu zahlen ist, aber ist eben der, daß der Weltfrieden nicht garantiert werden kann. Ihn über Gesetze und Regelungen stets neu zu gewinnen versuchen ist indes allemal erstrebenswerter als die Einebnung von Differenzen, die Errichtung eines Weltstaats.

Nicht minder aktuell wie jenes Beharren auf Differenz und Pluralität ist Kants Plädoyer fürs demokratisch ausgehandelte globale Recht, ja einen rigorosen Formalismus des Rechts. Das hat Rüdiger Safranski jüngst in seinem Essay zur Globalisierung dargelegt. Dort heißt es: „Bedenkenswert für die gegenwärtige Lage, wo die Weltmacht USA ausdrücklich nicht im bloßen Eigeninteresse sondern unter Berufung auf Prinzipien einer Weltfriedens-Politik internationale Regeln und Völkerrechte glaubt ignorieren zu dürfen, bedenkenswert also ist in dieser Situation der Hinweis Kants, daß angesichts der *Zweizüngigkeit der Politik* die *Achtung fürs Recht* höher zu schätzen sei als die sogenannte *Menschenliebe*, auf die sich oft diejenigen berufen, welche sich nicht auf die besser überprüfbare Rechtlichkeit ihres Handelns festlegen lassen wollen. Eine Übermacht, schreibt Kant, findet es in der Regel ratsam, *sich gar nicht auf Vertrag einzulassen* und stattdessen *alle Pflicht auf lauter Wohlwollen auszudeuten*. Dieser *Hinterlist einer lichtscheuen Politik* müsse die öffentliche Kritik begegnen und das Prinzip einfordern, daß man sich zuerst an die rechtlichen Gebote und Verbote zu halten habe, ehe man sich, wie Kant süffisant schreibt, *dem süßen Gefühl des Wohltuns* überläßt.“ Das Recht ist seiner Tendenz nach demokratisch, das Wohltun ist es nicht. Das eben ist der Unterschied. Wenn eine Übermacht, wie gegenwärtig die USA, sich schwer tut, ihre Interessenspolitik mit internationalem Recht in Einklang zu bringen, bleibt ihr immer noch die Möglichkeit, sie moralisch zu unterlegen und zu rechtfertigen. Die *Zweizüngigkeit* solcher Politik hat die Aufklärung freilich immer durchschaut. Sie weiß: Wer für eine „gute Sache“ einen Krieg beginnt, macht sich a priori verdächtig. Denn fürs Gute fochten sie ja alle, von den Kreuzrittern über die conquistadores bis zu Amerikas boys - die

mit computergesteuerten Waffensystemen immer noch Drachen töten müssen, auch wenn nicht sehr viele sie darum gebeten haben.

Gegen die Übermacht des Guten kann sich nur verteidigen, wer in der Lage ist, sich kritisch zu informieren. Und die Konstituierung einer Öffentlichkeit (heute muß man hinzufügen: einer kritischen Öffentlichkeit) hielt der Aufklärer Kant denn auch für einen unverzichtbaren Baustein einer wirksamen Friedenspolitik sowohl wie eines funktionierenden Rechtssystems. Für Kant war die Frage der Publizität primär eine Rechtsfrage: *Alle auf das Recht anderer Menschen bezogene Handlungen, deren Maxime sich nicht mit der Publizität verträgt, sind unrecht.* Ohne Öffentlichkeit kein Recht, das leuchtet ein. Weiter gedacht und auf das Problem des Friedens bezogen heißt das auch, es würde weniger Kriege geben, wenn man diese öffentlich rechtfertigen müßte. Dieser Zusammenhang von Publizität und Aufklärung war für Kant noch selbstverständlich. Leider aber erwies sich nur allzu bald, daß in Krisenfällen nicht die reale Schlacht durch die der Argumente ersetzt, sondern vielmehr die militärische Mobilmachung durch die massenmediale ergänzt wurde. Auf welchem Niveau Öffentlichkeit einmal stattfinden und welche Instrumente, diese zu manipulieren, der technische Fortschritt den Menschen einmal in die Hand geben würde, lag - verständlicherweise - noch außerhalb der Vorstellungskraft eines Philosophen, der 1724 geboren wurde.

Klar aber war auch schon ihm, daß Hochrüstung Kriege begünstigt, der Prozeß der Demokratisierung hingegen dem Frieden förderlich ist. Die Demokratie allerdings wollte Kant nicht absolut gesetzt wissen, entscheidend war für ihn vor allem der Rahmen, eine auf Gewaltenteilung basierende republikanische Verfassung. Unter den Ausführungen zu diesem Thema findet sich auch der bemerkenswerte Satz: *Wenn (...) die Beistimmung der Staatsbürger dazu erfordert wird, um zu beschließen, 'ob Krieg sein solle, oder nicht', so ist nichts natürlicher, als daß, da sie alle Drangsale des Krieges über sich selbst beschließen müßten, (...) sie sich sehr bedenken würden, ein so schlimmes Spiel anzufangen.* Ein schlimmes Spiel, in der Tat. Und die Staatsbürger würden sich möglicherweise wirklich sehr bedenken, es anzufangen. In der Regel aber werden sie – auch in Demokratien – nicht gefragt. Der Krieg wird beschlossen, aber nicht von denen, die unter seinen Folgen unmittelbar zu leiden haben. Eben darauf macht Kants Vorschlag aufmerksam. Indirekt sensibilisiert er aber auch dafür, daß es nicht die Vernunft ist, welche die Menschen Kriege führen läßt, mögen sie auch noch so viel Verstand aufbieten, dieselben zu gewinnen und zu rechtfertigen. Das Schlüsselwort heißt in diesem Fall bedenken. Wer die Dinge lange genug auf die Waagschalen legt, Vor- und Nachteile bedenkend, und vielleicht sogar dieselben noch auf

andere Ebenen als die nächstliegenden bzw. die rein politischen hebt, wird sich schwerlich für den Krieg entscheiden können.

Nur, das mit dem Abwägen ist eine Sache für sich. Wer's zu lange macht, findet nicht nur nicht den Weg zum Krieg, sondern auch nicht den zum Handeln überhaupt. Und in diesem Zusammenhang drängt sich die nicht ungefährliche Frage auf, ob nicht im Sinne Nietzsches die tiefere Vernunft des Lebens die Menschen in gewissen Fällen dazu gebracht hat, nicht allzu tief zu denken. Der Krieg wäre dann nicht das, aber eines von vielen Werkzeugen, deren sich das Leben bedient, damit die Menschheit sich einerseits in zivilisatorischer Hinsicht weiterentwickelt, andererseits aber auch ihr aggressives wie instinktives Potential nicht verkümmert. Die gefährliche Annahme taugt freilich nur dazu, zu erklären, warum die Geschichte der Menschheit auch und im besonderen eine Geschichte von Kriegen ist. Oder war. Denn wenn man aus der Hypothese eine Handlungsanleitung machen wollte, müßte man sie von der anderen Seite aus betrachten. Das heißt, das selbstbewußte Ich (und nicht die tiefe Vernunft des Lebens) wäre zum Subjekt der Geschichte zu erheben, und dieses sollte in der Lage sein, zivilisatorischen Fortschritt von der Option Krieg abzukoppeln. Eben darin bestünde die Herausforderung. Der 246. Aphorismus aus dem ersten Teil von „Menschliches, Allzumenschliches“ über die *Cyklopen der Cultur* ist jedenfalls weiterzudenken. Dort heißt es: *Wer jene zerfurchten Kessel sieht, in denen Gletscher gelagert haben, hält es kaum für möglich, dass eine Zeit kommt, wo an der selben Stelle ein Wiesen- und Waldthal mit Bächen darin sich hinzieht. So ist es auch in der Geschichte der Menschheit; die wildesten Kräfte brechen Bahn, zunächst zerstörend, aber trotzdem war ihre Thätigkeit nöthig, damit später eine mildere Gesinnung hier ihr Haus aufschlage. Die schrecklichen Energien – Das, was man das Böse nennt – sind die cyklopischen Architekten und Wegebauer der Humanität. Gesetzt aber, das Wiesen- und Waldthal mit Bächen, die humane Gesellschaft, wäre erreicht, spannender, als sie dem Kreislauf der Natur anzuvertrauen und in die Barbarei zurückkippen zu lassen, wäre es allemal, sie in stets neue Formen der Humanität zu führen. Damit nicht, was Nietzsche im nächsten Aphorismus andeutet, zur realen Perspektive wird: *Vielleicht ist das ganze Menschenthum nur eine Entwicklungsphase einer bestimmten Thierart von begränzter Dauer: so dass der Mensch aus dem Affen geworden ist und wieder zum Affen werden wird, während Niemand da ist, der an diesem verwunderlichen Komödienausgang irgend ein Interesse nehme.**

An dieser Stelle ist Raum für Selbstreflexion. Macht es Sinn angesichts der gegenwärtigen Entwicklungen eine Literaturzeitschrift dem Thema Krieg zu widmen, haben wir Ervin Laszlo gefragt. Und: Was können Schriftsteller, Intellektuelle auf ihrem Gebiet tun, wenn sie sich beteiligen wollen am Projekt einer humanen Gesellschaft? Seine Antwort war verblüffend einfach: Nachdenken... Nachdenken. Und, was die Schriftsteller anlangt, die sollten den Krieg beschreiben, aber nicht als Teil der Machtpolitik, der Wirtschaftspolitik, sondern als ein menschliches Geschehen. Die Aussage mag auf den ersten Blick wenig befriedigend sein, sie ist es auf den zweiten. Denn worauf sie hinaus will, ist, der Literatur eine ganz bestimmte Aufgabe zuzuweisen, die, die Dinge unterm Blickwinkel einer nicht verdinglichenden Anschauung zu betrachten. Das ist schon viel in einer Zeit, wo man vor lauter Sachzwängen die Sachen nicht mehr sieht. Diese Form der Anschauung – sie ist nicht auf die Literatur beschränkt, aber diese kann ein Wegweiser zu ihr sein - schließt selbstredend die Reflexion auf politische und wirtschaftliche Zusammenhänge und Hintergründe nicht aus. Im Gegenteil. Sie will nur daran erinnern, daß es Menschen sind, die Begriffe erfinden, und Menschen, die Bomben zünden, und Menschen wiederum, die durch Granatsplitter sterben. Und daß das eine mit dem anderen sehr viel zu tun hat, daß die Schicksale unter den Begriffshülsen nicht verschwinden sollen und all die Objektivierungen, die wir ins Leben gerufen haben, uns eben dieses zwar oft erleichtern, aber nicht minder oft erschweren. Auch daran, daß die Dialektik von Form und Leben ein fragiles Gebilde ist und wir darauf achten sollten, daß das Leben noch atmen kann unter all den Formen und Denknetzen und Kategorien, die wir über die Welt gelegt haben, um uns in ihr leichter zurechtzufinden. Wir brauchen diese Stützen, zweifelsohne, weil die Welt jetzt so ist, wie wir sie gemacht haben, aber wir brauchen, glaube ich, auch die Kunst: damit wir das verschüttete Leben wieder sehen können und lernen, es zu sehen.

Wenn die hier versammelten Texte und bildnerischen Arbeiten einen kleinen Beitrag dazu zu leisten vermögen, ist viel erreicht. Es sind perspektivische Blicke auf das Phänomen Krieg, die, indem sie – gelegentlich – aufeinander verweisen, in ein wechselseitiges Gespräch treten, auch einen Dialog über eine bestimmte historische Sekunde bilden.

pro domo

Nicht verloren unter all den Texten zum Thema Krieg sollen die beiden davon unberührten Beiträge sein. In diesem Fall Lyrik aus Vorarlberg und Südtirol, plaziert nicht am Ende, sondern in der – ungefähren – Mitte dieses Bandes, der fragilen und leichten Form gemäß. Die Freiheit, den thematischen Rahmen, der Sinn macht, um den einen oder anderen Text zu erweitern, sollte sich eine Zeitschrift/Anthologie wie die „V“ – bei Gelegenheit – nehmen. Im vorliegenden Fall bot sie der 1. Feldkircher Lyrikwettbewerb. Denn ein Forum für die in diesem Land ausgezeichnete Literatur will diese Zeitschrift/Anthologie auch – und in Zukunft vermehrt – sein.